



Rat für
NACHHALTIGE
Entwicklung

Nachhaltige Entwicklung: Vom Schlagwort zur politischen Strategie

Volker Hauff,

Vorsitzender des Rates für Nachhaltige Entwicklung

am 28.09.01 in der Katholischen Akademie zu Berlin

Anrede,

Ungeduld ist die vorherrschende Stimmung, die uns, den Mitgliedern des Rates für Nachhaltige Entwicklung entgegen gebracht wird. Ungeduld, weil es lange gebraucht hat, bis der Rat für Nachhaltige Entwicklung einberufen worden ist. Ungeduld auch, weil zur Nachhaltigkeit vieles, und darunter viel Wichtiges, längst gesagt ist, vieles auf den Weg gebracht wurde, aber in der Öffentlichkeit wenig wahrgenommen worden ist.

Wir müssen aber auch sehen, dass wir mit unserem Anliegen an große Ereignisse anknüpfen. Ich will, durchaus selbstbewusst, von einer Tradition sprechen. Der Brundtland-Bericht setzte 1987 ein deutliches Zeichen, in dem er das Wort „nachhaltige Entwicklung“ prägte und aufrief, Umwelt und Entwicklung neu zu sehen. Die wichtigste Empfehlung dieser Kommission war freilich der Vorschlag, eine große internationale Konferenz der Vereinten Nationen zu organisieren. Die Rio-Konferenz 1992 war dann eine Sensation. Erstmals waren es nicht nur Regierungen und Staaten, die Vereinbarungen aushandelten, vielmehr organisierten sich die führenden Unternehmen, die Wissenschaft, Umweltverbände und Städte: Die Zivilgesellschaft stellte sich der Herausforderung, eine nachhaltige Entwicklung der Welt zu schaffen. Einen solchen politischen Aufbruch hat bisher keine andere Weltkonferenz initiieren können. Das Schlüsselwort war und ist sustainable development, d.h. aus globaler Sicht vor allem, weg zu kommen von Armut, von der Verlorenheit, der Hoffnungslosigkeit und hin zu gelangen zu einem nachhaltigen Wachstum, das das Lebensrecht kommender Generationen nicht bedrückt und beschneidet. Dieses Ziel haben wir heute noch lange nicht erreicht.

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung muss sich diesen ehrgeizigen Maßstäben stellen. Brundtland-Report, die Agenda 21, die globalen Umwelt-Konventionen geben internationale Bezugspunkte. Ebenso gibt es eine Vielzahl von nationalen Bezugspunkten, man denke nur an die wichtigen Beiträge der Bundestags-Kommissionen, an den sogenannten Schritte-Prozess der voran gegangenen Bundesregierung, an die zahlreichen wissenschaftlichen Studien, an die Aktivitäten der NGO-Verbände. Ungeduld angesichts dieses Vorlaufes, an dem viele der hier Anwesenden ja nicht unerheblich Teil hatten, finde ich sehr verständlich.

Zur Ungeduld mischt sich in diesen Tagen aber auch Unsicherheit. Nach den Anschlägen in den USA, in einer durch den Terror veränderten Welt: Können wir an unseren Vorstellungen zur Nachhaltigkeit so festhalten als sei nichts geschehen? Ändern sich nicht gerade die Prioritäten der Weltpolitik? Der Terrorismus gefährdet heute jede Gesellschaft, jedes Volk. Er macht Angst, gerade weil die Anschläge so brutal und fanatisch, aber mit einem solch enormen Ausmaß an kaltblütiger Kriminalität ausgeführt werden.

Während polizeiliche und militärische Maßnahmen gegen die Täter ergriffen und vorbereitet werden, hat uns Kofi Annan daran erinnert, dass wir noch entschlossener gegen Gewalt, Fanatismus und Hass vorgehen müssen, um – wie er sagte – die Übel unserer Zeit zu bekämpfen: Konflikte, Unwissenheit, Armut und Krankheiten, und hier gibt es durchaus Berührungspunkte einer politischen Strategie gegen den Terrorismus und den beharrlichen Arbeiten an einer nachhaltigen Entwicklung.

Eine Welt-Koalition gegen den Terror ist die richtige Antwort. Lassen Sie mich präzise betonen: Es muss eine Eine-Welt-Koalition sein. Ich erwarte auch von unserer Bundesregierung, dass sie hier initiativ wird. Mit der gleichen Entschiedenheit und der gleichen Besonnenheit, mit der militärische und polizeiliche Antworten erwogen werden, muss die zivilgesellschaftliche Antwort auf die Herausforderungen von globaler Entwicklung und Umwelterhaltung gesucht werden.

Meine Damen und Herren, wir als Ratsmitglieder werden häufig gefragt,: Was macht ihr denn nun wirklich?, Was ist von Euch zu erwarten? Wie soll es denn nun weitergehen?

Auf Ihre Erwartung wollen wir mit unserer heutigen Veranstaltung eingehen. Wir wollen deutlich machen, worum es dem Rat geht und wie er seinen Auftrag versteht. Wir wollen einen Fahrplan für die vor uns liegende Zeit geben. Eine markante Wegmarke wird im

kommenden Jahr die Verabschiedung der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie durch die Bundesregierung sein. Ich freue mich, dass Herr Staatsminister Bury uns hierüber informieren wird.

Nachhaltigkeit ist nicht Aktionsfeld ausschließlich der Regierung, so sinnvoll und von allen gewünscht das Aufgreifen der Impulse der Rio-Agenda 21 in einer Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie auch sind und so begrüßenswert es ist, dass Nachhaltigkeit heute Chefsache ist. Nachhaltigkeit ist ein gesellschaftliches Projekt, das alle Akteure einschließt: Wissenschaft, Verbände, Kirchen, Gewerkschaften, Unternehmen, Stiftungen, Initiativen und Projekte, Kultur- und Bildungseinrichtungen, die Parteien und Parlamente sind gefragt. Gefragt ist auch das bürgerschaftliche Engagement außerhalb staatlicher Strukturen. In den Arbeitsgruppen am heutigen Nachmittag wollen wir mit Ihnen über einige zentrale Zielstellungen einer Politik zur nachhaltigen Entwicklung sprechen.

Eine lebenswerte Umweltqualität für alle, den gerechten Zugang zu Umweltressourcen im Norden und im Süden, die Bewahrung der Lebenschancen zukünftiger Generationen, eine wirtschaftliche Entwicklung, die auf erneuerbare Ressourcen aufbaut und keine Hypotheken für die Zukunft hinterlässt, eine Kultur des Miteinanders, gleiche Chancen durch Offenheit der Märkte; der faire Ausgleich zwischen den Dimensionen „Ökologie, Soziales, Ökonomie“.

- Zu Recht fragt man: Ist das alles? Sonst nichts? In der Tat, ein noch größerer Horizont an Zielen lässt sich kaum denken. Sie alle werden durch den Begriff Nachhaltige Entwicklung umfasst. Manche beschimpfen diesen Begriff als „Plastikwort“, als inhaltsleere Politformel. Der Grundtenor dieser Äußerungen ist milde bis ironische Skepsis. Diese Skepsis teile ich nicht. Sie geht an den Chancen einer Politik der Nachhaltige Entwicklung vorbei.

Der Begriff „nachhaltige Entwicklung“ hat sich in den letzten 15 Jahren erneuert und etabliert. Romano Prodi hat kürzlich vor dem Europäischen Parlament mit Blick auf die Nachhaltige Entwicklung festgestellt, dass selten ein politisches Konzept so viel für so Viele anbietet und von so Wenigen wertgeschätzt wird.

Der Begriff Nachhaltige Entwicklung hat seine Stärke eben durch seine weiten Interpretationsräume. Seine Unbestimmtheit ist keine Schwäche, sondern eine Chance. Nur so kann er zu einer breiten Plattform für viele Interessengruppen in unserer Gesellschaft werden. Gleichzeitig ergänzt der Begriff die traditionelle Politik um ethische Werte des solidarischen

Suchens nach Lösungen, des Helfens und Teilens, des ehrlichen Gewinnens und der Eröffnung von Chancen, die bislang mitunter eine zu geringe Rolle spielen.

Die Politik der Nachhaltigen Entwicklung will den gesellschaftlichen Wandel gestalten und setzt an dem Lebensgefühl und den Erfahrungen der Menschen in der Gesellschaft des beschleunigten Wandels an. Nachhaltige Entwicklung kann in einer Zeit großer Unsicherheit Orientierung schaffen.

Meine Damen und Herren, was hat der Rat bisher getan?

Der Rat hat die Aufgabe, die Bundesregierung zu beraten, zur Konkretisierung der Nachhaltigkeitspolitik beizutragen und die breite Öffentlichkeit mit dem Anliegen der Nachhaltigkeitspolitik zu erreichen.

Im ersten Schritt haben wir die drei von der Bundesregierung vorgegebenen Schwerpunktthemen aufgegriffen.

1. Landwirtschaft ist der Bereich, in dem die Bindung des Menschen an die Natur am deutlichsten spürbar ist; diese Bindung wird häufig kurzfristig verdrängt, sie wird uns jedoch immer wieder und oft an schmerzlichen Beispielen wie dem BSE-Thema deutlich vor Augen geführt.
2. Energiepolitik ist der Schlüssel für Wohlstand und Lebensqualität. Würden wir in Zukunft einen Energiereichtum ohne Umweltschäden schaffen können, so hätten wir einen zentralen Schlüssel für die Lösung vieler anderer Fragen in der Hand.
3. Verkehr und Mobilität machen wie kein anderes Thema deutlich, wie eng individuelle Rechte und Pflichten verknüpft sind mit staatlichen Entscheidungen und der wirtschaftlichen Entwicklung.

Das sind wichtige Themen. Auf der Agenda einer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie sieht der Rat jedoch noch weitere Themen von großer Bedeutung. Ich will zwei herausgreifen:

- Wie ich eingangs schon andeutete, muss die deutsche Agenda der Nachhaltigkeit auf den 11.9.01 reagieren mit neuen Vorstößen zu den Themenkreisen Bekämpfung der Armut, Welternährung und globaler Ressourcenschutz.
- Der noch immer ungebremste Siedlungsflächenzuwachs auf Kosten der Landschaft ist in Deutschland ein großes, vielschichtiges Nachhaltigkeitsproblem. Ein nachhaltiges Umsteuern hin zu einem neuen Bauen und Wohnen wäre eine große Bühne für die

Politik, die Bauwirtschaft, die Verbraucher, die Häuslebauer, die Raumplaner und die Banker.

Was eigentlich ist das Strategische an der Nachhaltigkeit?

Neu ist die kohärente Sichtweise auf Umwelt und Entwicklung, der Zwang zur Abstimmung und das partizipative Verfahren sowie der Versuch, die Wegmarken dieser Politik durch quantifizierte Ziele abzustecken.

Nachhaltigkeitsstrategien sind aus meiner Sicht keine „Umweltpläne“. Sie sind mehr. Sie wollen alle drei „Dimensionen“ der Nachhaltigkeit umsetzen. Dabei kommt der „Umwelt“ die treibende Rolle zu. Zwischen den drei Dimensionen Ökologie, Soziales, Wirtschaft besteht eine gegenseitige Abhängigkeit (um das Geringste zu sagen). Keine Säule kann isoliert stehen, um das „Haus der Nachhaltigkeit“ zu tragen. Ein „Primat der Ökologie“ gibt es ebenso wenig wie einen grundlegenden Vorrang des Wirtschaftens. Gleichwohl ist es jedoch eine Tatsache, dass die ökologische Bedrohung der Erde die Diskussion um Nachhaltigkeit erst richtig in Gang gebracht hat. Der Dimension „Umwelt“ kommt deshalb die Rolle der Antriebskraft zu. Hätten wir kein Umweltproblem, dann wären wir nicht zusammen gekommen. Und es gibt – hierauf aufbauend – eine zweite Gewissheit: Die Gefährdung und Schutz der Umwelt darf nicht gegen Armut und Entwicklung ausgespielt werden, das Recht auf wirtschaftliche Entwicklung darf umgekehrt nicht gegen Umweltschutz in Stellung gehen.

Die umweltpolitische Rückschau zeigt, dass in Deutschland die Umweltstrategien durchaus Erfolg hatten: Viele unmittelbar wahrnehmbare Umweltschäden wurden beseitigt. Immer noch aber gibt es ungelöste hausgemachte Umweltprobleme z.B. durch die Veränderung der Ökosysteme, Schadstoffeinträge, die Verkehrs- und Siedlungsentwicklung.

Nachhaltigkeit ist mehr als die Etablierung neuer technischer Lösungen. Die Brennstoffzelle, die erneuerbaren Energien, die artgerechte Tierhaltung, Verkehrsvermeidung und Mobilitätsgewinn – das sollten wir fördern und Hemmnisse beseitigen. Gerade dort, wo die effizientere Nutzung der vorhandenen Techniken nicht ausreicht, muss nach einem völlig neuartigen Umgang des Menschen mit der Natur gefragt werden. Für viele Menschen, auch für mich, war und ist die Formel des „Immer mehr“ und des „demnächst wir auch so“ eine Verlockung. Jeden Tag aufs Neue setzt das westlich-industrialisierte Lebensmodell neue Sehnsüchte in Gang. Die Kehrseite ist jedoch: Wer viel hat, der verbraucht immer mehr.

Wohlstand ist gefräßig, Armut aber auch. Unser Lebensstandard baut enorme Bürden für die Entwicklungsländer und für die uns nachfolgenden Generationen auf.

Die Vereinbarung von Zielen, oftmals quantifizierten Zielen ist das wichtigste Kennzeichen der nachhaltigen Entwicklung. Das ist das Kernelement der Politik der nachhaltigen Entwicklung. Neben dem Staat mit seiner Ordnungs- und Finanzpolitik wollen wir auch andere Handlungsträger einbeziehen. Das stellt die Frage nach der Legitimation einer solchen Politik. Der breiten Erörterung von gesellschaftlichen Zielen kommt dabei eine wichtige Rolle zu.

Die Quantifizierung der Ziele ist ein hohes Gut. Quantifizierte Ziele sind überprüfbar, abrechenbar. Sie sind politisch einklagbar. Derjenige, der sich auf ihre Erfüllung verpflichten lässt, steht in besonderer Verantwortung. Wie breit und mit wie viel gesellschaftlichen Engagement Ziele erarbeitet werden, ist zugleich auch Gradmesser für die Ernsthaftigkeit des Anliegens. Eine Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland ist ohne quantifizierte Ziele nicht denkbar.

Das ist eine erste Empfehlung des Rates an die Bundesregierung:

- Wir empfehlen, quantifizierte Ziele zum Eckpunkt der Strategie der Nachhaltigkeit zu machen.
- Wir empfehlen, dies für die Schwerpunkt-Themen Energie, Mobilität und Landwirtschaft/Ernährung/Umwelt/Gesundheit zu tun und zusätzlich auch das Thema Flächenverbrauch / Bauen sowie den deutschen Beitrag zur internationalen Entwicklungspolitik anzugehen.

Das Paradebeispiel für die politische Bedeutung von Zielen ist das nationale Klimaziel. Das Commitment der Politik hat zur Schaffung von Arbeitsplätzen, zu neuen wirtschaftlichen und politischen Initiativen geführt, hat Wissenschaft und das Handeln der Bürger gefördert.

Der Rat unterstützt das Klimaziel und diskutiert seine Fortentwicklung. Sie haben an Nachmittag in der entsprechenden Arbeitsgruppe Gelegenheit, mit zu diskutieren.

Ein anderes Beispiel ist die Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrszwecke. Hier ist bereits von der früheren Bundesumweltministerin Frau Merkel das Ziel in die Debatte geworfen worden, bis zum Jahr 2020 den Flächenverbrauch auf täglich 30 ha zu reduzieren,

mit wenig Erfolg wie man wohl sagen muss. Der Rat greift dieses Thema auf, weil es wie kein zweites zeigt, dass das bisherige umweltpolitische Denken zu kurz griff. Es ist nämlich typisch, dass hier die Umweltsleute ein tolles Ziel benennen, ohne es mit den anderen Akteuren – im Wortsinne „vor Ort“ – zu diskutieren. „Die Zukunft nicht verstellen“ – das könnte eine gute Leitschnur sein, um die Fläche und die landwirtschaftlichen Böden, die wir in Zukunft für eine neue Landwirtschaft brauchen, nicht für Siedlung und Verkehr zu verbrauchen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch etwas ganz anderes ansprechen. In der letzten Zeit ist viel Bedenkenswertes gesagt worden über die von Bundeskanzler Schröder eingerichteten Räte und Kommissionen. Es wurde auch geargwöhnt, dass das Parlament von wichtigen Debatten ausgeschlossen würde und dass eine Konsensmaschine ohne demokratische Legitimierung aufgebaut würde.

Räte und Kommission dienen dem Ziel der Konsensfindung, ersetzen diese aber nicht.

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung begreift sich nicht als Gegenspieler zum Parlament. Umgekehrt wird ein Schuh draus. Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages gehören in die erste Reihe derjenigen, denen die Patenfunktion für den Rat zukommt.

Wer Räte einrichtet, Regierung oder Parlament, Partei oder Konzern, in unserem Fall der Bundeskanzler – erwartet, dass das geschaffene Gremium den Stein etwas weiter wirft als er selbst das könnte; und er erwartet, dass die Reformvorschläge breit abgesichert werden. Das soll Mut machen, das soll zum Mitmachen anregen.

Die Vorstellung einer Politik der Nachhaltigen Entwicklung kann sich nicht daraus speisen, ein Patentrezept vorzulegen, das die Probleme ein für allemal löst. Sie muss sich auf den Komparativ einlassen: Sie wird ein Mehr an Nachhaltigkeit zu praktizieren versuchen, ein Mehr an sozialer Teilhabe und Verantwortung und ökonomischer Zukunftsfähigkeit als andere Ansätze dies tun. Nachhaltige Entwicklung ist eine dauernde Aufgabe der Politik. Das ist richtig und keinesfalls banal.

Nachhaltigkeit braucht Vordenken, meine Damen und Herren,

Nachhaltigkeit braucht eine aktive, strategisch verantwortete Wissenschaft. Die Wissenschaften haben rund um den Begriff „Nachhaltigkeit“ Forschungsvorhaben, teils von

beachtlicher Größe, aufgebaut. Im Ausland, insbesondere in den USA wurden dazu beispielhafte Projekte entwickelt. In ökologischer Hinsicht, in technischer, ökonomischer und sozialwissenschaftlicher Hinsicht entstehen in der konkreten Beschäftigung mit Nachhaltigkeitskonzepten fortwährend neue Fragen und Herausforderungen.

Ich will die Nachhaltigkeit nicht in die Ecke der Forschungspolitik abdrängen. Aber Forschung ist für Nachhaltigkeit sehr wichtig. Ein Lebenselixier, wenn man so will. Man könnte und sollte in Deutschland, in Europa noch mehr tun. Der Rat sieht auch hier ein Aufgabenfeld. Er wird das Gespräch mit der Wissenschaft suchen.

Der Rat wird die konzeptionelle Diskussion zum Thema „Kulturpolitik und Nachhaltigkeit“ aufnehmen. Die Kultur nachhaltigen Denkens ist heute wie die Kultur des Vermittelns immer noch wenig entwickelt. Irren ist weder in der Wissenschaft noch im Leben eine Schande. Es gehört zur Politik der Nachhaltigkeit, auch zunächst Sperriges, vielleicht Abweichendes, oft Unbequemes, den meisten vielleicht sogar abwegig Erscheinendes zu beachten. Grosse Innovationsschübe wurden oft ausgelöst durch etwas, die niemand geplant hat. Es gibt nicht „den“ Fortschritt und „die“ Nachhaltige Entwicklung. Ein kritisches Konzept von Fortschritt muss Teil des Fortschritts sein. Das gilt auch für die Verantwortung von Unternehmen, für die Produktpolitik und für die Etablierung ethischer und ökologischer Maßstäbe des „corporate responsibility“.

Nachhaltige Entwicklung ist kein Projekt für die Insel der Glückseligen. Austausch, Lernen und Begegnung über die nationalen Grenzen hinweg ist wichtig. Wir freuen uns daher, dass eine Studiengruppe der Heinrich Böll Stiftung mit Vertretern „des Südens“ hier im Raum ist. Wir wollen – das können Sie, meine Damen und Herren, ja schon an der Mitarbeit von Herrn Töpfer und Herrn Sayer im Rat ablesen – den Gedankenaustausch zur Nachhaltigkeitspolitik auch über die nationalen Grenzen hinaus aufnehmen und befördern.

Toleranz, Solidarität und Menschenrechte sind die Koordinationslinien für das Prinzip der Nachhaltigen Entwicklung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was wird der Rat in den nächsten Monaten tun? Wie sieht der Fahrplan aus?

- Wir wollen Sie zu einer neuen, breiten und öffentlichen Meinungsaustausch einladen.
- Im November wollen wir ein *Projektforum* zur nachhaltigen Entwicklung einrichten.

- Wir werden der Bundesregierung empfehlen, in einer zweiten Runde weitere Pilotprojekte zur nachhaltigen Entwicklung aufzugreifen.
- Wir wollen im November ein öffentliches Gespräch *zu Zielen der Nachhaltigen Entwicklung* beginnen. Heute Nachmittag werden wir über Vorstellungen zu den Zielen und der Art und Weise Festlegung diskutieren. Wir wollen Ihre Anregungen, zusammen mit unseren Vorarbeiten, zu einem Gesprächsangebot aufbereiten. Es wird Vorschläge für Ziele zu den Schwerpunktthemen und einigen weiteren Themen enthalten. Es wird auch Fragestellungen aufwerfen und Probleme ansprechen. Und es wird sie auffordern, Ihre Meinung, Ihre Anregung und Ihren Kommentar einzubringen. Diese fließen in unsere Beiträge zur Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung ein.

Im Laufe der Diskussion zu Leitbildern und Zielen wollen wir einige zentrale Punkte für strategische Politikänderungen definieren, die wir dann im nächsten Jahr schwerpunktmäßig aufgreifen wollen. Nachhaltigkeitspolitik wird auch nach Johannesburg ein Thema für Deutschland sein. Wir streben an, diese Fragen auch mit Blick auf die Zeit nach Johannesburg aufzubereiten. Aber, meine Damen und Herren, das ist sehr weit in die Zukunft geblickt. Heute sind wir zur Auftaktveranstaltung des Rates zusammen gekommen. Ihr zahlreiches Interesse an unserer Veranstaltung ist ein gutes Zeichen für uns. Ich glaube, wir alle hier im Saal sind uns durchaus der Tatsache bewusst, dass eine Politik zur nachhaltigen Entwicklung in Deutschland und in der Welt noch weite Wege zu gehen hat, manche darunter wohl auch sehr beschwerlich.

Ich lade Sie dazu ein, mit uns, mit den Ratsmitgliedern, einen Teil des Weges zusammen zu gehen. So wie wir auf Ihre Initiativen, Projekte, Erfolge und Misserfolge aufbauen. Ihre Vorschläge, Ideen und Anregungen werden uns stets willkommen sein.